

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich:
Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grönel, beide
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm
5646 und 5647. Druck: A. Janzowski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER
DEUTSCHLANDS

BUND

Wochen-Ereignisse

Gegen die SA-Führer Obernitz und seinen Adjutanten Graf Sprell in Schlesien wurden wegen Mordverdachts in drei Fällen und Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz Haftbefehle erlassen. Beide sind flüchtig. Außerdem wurde eine Anzahl SA-Leute festgenommen. Es sollen auch Adlgo und Großgrundbesitzer in die Angelegenheit verwickelt sein.

Der SS-Mann Kaune, der der SS-Stabswache in Braunschweig zugeweiht war, verübte an seinem SS-Kameraden Campo im Beisein des Autoverleihers Lohse, der beide nach Sichte gefahren hatte, einen Mord. Mit sieben Revolvergeschüssen brachte der Mörder sein Opfer zur Strecke.

In Braunschweig wurden zwei Bahnschutzpolizisten (Nationalsozialisten) verhaftet, die während an den Bahnanlagen zerstörungs vorhaben. Die Attentate auf die Anlagen, wobei auch ein Lokomotivführer angeschossen wurde, ließen schon immer erkennen, daß die Täter auf ein Verbrechen zielten. Jetzt hat die Kriminalpolizei ermittelt, daß die „Bahnschutzbeamten“ selbst die Verbrechen begangen hatten, um politische Gegner verächtlich zu machen und um stets Beschäftigung zu haben.

Bei einem Zugunglück in Tomesvár (Rumänien) kamen 18 Passagiere ums Leben. Von den Schwerverletzten starben noch sechs, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf 24 beläuft.

Der Dachboden eines Speichers stürzte in St. Margarethen bei Konstanz ein. Bei dem Unglück wurden elf Personen getötet und 40 verletzt. Der Dachboden war mit Mais und Gerste überlastet.

Theresa Neumann von Konnersreuth, die Stigmatisierte, die nun schon seit vier bis fünf Jahren keine sichtbare Nahrung zu sich genommen haben soll, wird nun wahrscheinlich auf Anraten der Geistlichkeit klinisch untersucht werden.

Die Kontingentierungspolitik der Papen-Regierung führte bei den nordischen Staaten und Holland bereits zu einem Rückgang der deutschen Ausfuhr und zu einem Abbruch von Geschäftsbeziehungen nach dort. Die genannten Staaten bevorzugen England bei ihrem Bedarf an Industriewaren. Die englische Einfuhr nach diesen Ländern hat bereits zugenommen. Die deutsche Industrie muß büßen, was die Landwirtschaft verdirbt.

Mit 2,384 Milliarden Reichsmark sind in Deutschland Kakao, Tee, Kaffee, Zucker, Tabak und Tabakwaren, Traubenwein, Bier und Branntwein durch Zölle und Steuern belastet.

43.000 Arbeitslose kamen in der ersten Oktoberhälfte zu dem großen Arbeitslosenheer hinzu. Da freute sich die Papen-Regierung über 52.000 Neueinstellungen, jetzt sind diese durch neue Entlassungen soviel wie ausgeglichen.

Verbilligte Wehrtafelfahrkarten wird es auch in diesem Jahr bei der Deutschen Reichsbahn geben. Die um 33% Prozent ermäßigten Fahrkarten werden nach allen Stationen innerhalb Deutschlands voraussichtlich vom 1. Dezember bis zum 9. Januar Gültigkeit haben.

Die „Beamten-Gewerkschaft“, das Beamtenorgan des Gesamtverbandes, wurde vom Polizeipräsidenten in Berlin auf Grund des § 6 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen bis zum 25. Oktober verboten. Die Verbotgründe dürfen nicht angegeben werden, aber das darf gesagt werden, daß die „Beamten-Gewerkschaft“ nach Auffassung der Arbeiter, Angestellten und Beamten nichts Unrechtes geschrieben hatte.

Höfnermann für Freiheitswehr. Auf einer großen Kundgebung in Hamburg sprach der Bundesführer des Reichsbanners, Kamerad Höfnermann, über „Die politischen Aufgaben der arbeitenden Jugend“. In dieser Versammlung vertrat Höfnermann in stürmischem Beifall die Forderung der allgemeinen Wehrpflicht für die Freiheit und forderte alle jungen Männer auf, der Armee der Freiheit, dem Reichsbanner, unverzüglich beizutreten. Höfnermann schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Soldat der Freiheit sein heißt, die Freiheit in der Verfassung zu verankern. Entweder ist die Jugend Soldat für sich und für ihre Freiheit, oder sie wird Soldat für fremde Mächte sein müssen!“

Fort mit dem Sozial- und Lohndruck

Die freien Gewerkschaften gegen die Papen-Regierung

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund hielten am 18. Oktober 1932 im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates in Berlin eine stark besuchte öffentliche Kundgebung im Beisein eines Regierungsvertreters ab, in der sich die Gewerkschaften mit aller Schärfe mit dem Wirtschaftsplan der Reichsregierung und ihren Angriffen auf die Sozialpolitik auseinandersetzten. War schon die kurze Eröffnungsrede des Kollegen Theodor Leipart eine leidenschaftliche Anklage gegen die Reichsregierung, so gestalteten sich die Referate der Kollegen Fritz Tarnow und Clemens Nörpel sowie das Schlußwort des Koll. Aufhäuser zu einer wirkungsvollen Abrechnung mit dem wirtschaftlich die Arbeiter bedrückenden und rückschrittlichen Lohn- und sozialpolitischen Kurs der Papen-System. Die großen inhaltreichen Reden können an anderer Stelle in dieser und der folgenden Nummer dieses Blattes nachgelesen werden. Die Entschloßung enthält die kurzgefaßte Willenskundgebung der versammelt gewesenen Kollegenschaft. Was aber noch als bedeutsam und wichtig festgestellt werden muß, war der große, starke, einheitliche, zielbewußte Wille der ganzen freien Gewerkschaftsbewegung, der die sachlich abwägenden, arbeitsgewohnten Gewerkschaftsorganisatoren besaßen und der gegenwärtig auch das ganze Gewerkschaftsbewusstsein durchpulst. Wenn die ganze Arbeiterschaft von diesem starken Willen erfüllt wird, wenn sie einig und geschlossen ihre gerechte Sache vertritt, wird sie auch wieder die Kraft aufbringen, der Reaktion ein Paroli zu bieten und ihre Lohn-, Arbeits- und Brotverhältnisse zu regeln, wie es menschenwürdig und notwendig ist. Der große und starke Wille muß die Kampfsmöglichkeiten gestalten, mit denen sich die Arbeiterschaft gegen all ihre Widersacher durchsetzen wird. Dann wird auch wieder die Zeit kommen, in der die Gewerkschaften nicht mehr nur fordern, sondern in ihrem Sinne handeln werden.

In der Kundgebung wurde einstimmig folgender Entschloßung zugestimmt:

Entschloßung.

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung krankt an inneren Widersprüchen. Die Regierung will die Deflation bekämpfen und den Binnenmarkt beleben, senkt aber die Löhne und Gehälter. Sie will die Produktion steigern und Arbeit beschaffen, erschwert aber durch die Kontingentierungspolitik die industrielle Ausfuhr und zerstört vorhandene Arbeitsmöglichkeiten.

Diesen Widersprüchen des Wirtschaftsprogramms entspricht sein unsozialer Geist. Die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Angestellten werden den Wünschen der Landwirtschaft und Großindustrie geopfert. Nachdem das Einkommen der Arbeitnehmer bereits auf ein unerträglich niedriges Maß gesenkt worden ist, werden Löhne und Gehälter erneut unter Druck gestellt. Während Industrie und Landwirtschaft Steuergeschenke erhalten, wird die Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch den Kurs der Handelspolitik und die Erhöhung von Massensteuern erneut belastet. Während die Rechte der Arbeitgeber erweitert werden, unterhöhlt man das Tarifrecht und zerstört damit die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts. Die Regierung nutzt zugleich ihre Machtstellung dazu aus, um die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu lähmen.

Die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober sind für die Arbeiterschaft unerträglich. Die erzwungenen Lohnsenkungen stehen im Widerspruch zu den Erklärungen des Reichspräsidenten, wonach

„der Lebensstandard der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt“ bleiben soll. Die Gewerkschaften fordern daher von der Reichsregierung die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober aufzuheben.

Durch die krasse Ungerechtigkeit der Regierungsmaßnahmen ist bereits eine tiefe Erbitterung und Entrüstung ins Volk getragen. Diese Politik schafft immer neue Unruhe und zerstört damit die Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft. Eine Regierung, die das Lebensrecht der Arbeiterschaft mißachtet, setzt sich mit der Mehrheit des Volkes in Widerspruch. Ihr fehlt das Vertrauen des Volkes, das allein echte Autorität begründet.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß der Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft zugleich der ganzen deutschen Wirtschaft dient. Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klassen abgestellt ist, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenkaukraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes. Man kann die Krisis nicht dadurch überwinden, daß man den Arbeitswillen lähmt und sich nur auf die Initiative der Unternehmer verläßt, sondern allein mit dem Einsatz aller verfügbaren Mittel durch die öffentliche Hand.

Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.

Sozialpolitik für den Wahlkampf

Die Arbeiter und Angestellten in Deutschland sind heute gewohnt, ihr politisches Urteil über Parteien und Regierungen in erster Linie abhängig zu machen von den sozialpolitischen Maßnahmen, zu denen sich diese Parteien und Regierungen bekennen. Lohn und Arbeitszeit, Sozialversicherung und Arbeitslosenunterstützung sind so wichtige Fragen für den Arbeitnehmer, daß sie auch im Mittelpunkt seines politischen Interesses stehen.

Was die jetzige Reichsregierung bisher auf diesem Gebiet an Taten aufzuweisen hat, ist nicht gerade geeignet, ihr Sympathien in den breiten Massen der Bevölkerung zu verschaffen. Mit der Notverordnung vom 14. Juni d. J. hat sie rücksichtslos in die Bezüge der Arbeitslosen, der Unfallrentner, der Invaliden- und Altersrentner eingegriffen. Mit der Verordnung vom 1. September und der auf ihr beruhenden Lohnsenkungsverordnung vom 5. September hat sie das Tarifrecht zerschlagen und die Gefahr weiteren Lohnabbaus für alle Arbeiter und Angestellten heraufbeschworen. Kein Wunder, daß diese Regierung das Bedürfnis hat, wenige Wochen vor der Wahl mindestens den Anschein zu erwecken, als wenn sie ihre Haltung gegenüber den am meisten notleidenden Schichten des deutschen Volkes ändern wolle. Von Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, von Wiederherstellung der alten Rentenbezüge in der Unfall-, der Invaliden- und Angestelltenversicherung konnte man in den vergangenen Tagen viele vage Andeutungen in den Zeitungen lesen. Inzwischen ist nun offenbar geworden, zu welchen Schritten sich die Regierung in Wirklichkeit entschlossen hat. Die Verordnung „zur Ergänzung von sozialen Leistungen“ ist am 19. Oktober erlassen worden; sie soll am 31. Oktober in Kraft treten.

Worum bestehen nun die „Milderungen“, die die Regierung sogar durch eine Rede des Reichsarbeitsministers im Rundfunk feiern ließ, die nach Angabe der Deutschen Nationalen Volkspartei auf ihr Vorstelligwerden, und nach Angabe der Regierung auf den Wunsch „kirchlicher

Kreise“ zurückzuführen sind? Bestehen sie darin, daß die ungeheuren Kürzungen, die beispielsweise die Arbeitslosenunterstützung durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 erfahren hat, wieder beseitigt werden, diese Kürzungen, die allein in der Arbeitslosenversicherung durchschnittlich nach Angabe der Regierung 23 Proz., in Wirklichkeit infolge der Hilfsbedürftigkeitsprüfung aber noch viel mehr betragen; diese Kürzungen, die nach den damaligen Schätzungen der Regierung auf dem Gebiet der Arbeitslosenunterstützung sich auf insgesamt 520 Millionen RM belaufen.

Wer dies geglaubt hat, erkennt sehr schnell seinen Irrtum, denn nach den eigenen Angaben der Regierung wird der gesamte Mehraufwand, den die nunmehr vorgenommenen Erhöhungen der Arbeitslosenunterstützung erfordern wird, höchstens etwas über 50 Millionen RM betragen, also kaum den zehnten Teil dessen, was man am 14. Juni genommen hat. Es sollen nämlich für die Arbeitslosen der Lohnklassen I bis VI in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge Zuschläge zur Unterstützung gewährt werden, und zwar bei mindestens einem Angehörigen 2,- RM Zuschlag, bei mindestens drei Angehörigen 3,- RM und bei mehr als vier Angehörigen 4,- RM Zuschlag. Das bedeutet praktisch, daß nicht nur alle Ledigen von der Erhöhung ausgeschlossen sind, nicht nur alle Arbeitslosen, die mehr als 36,- RM verdienen in der Woche gehabt haben, sondern vor allen Dingen auch die Millionenschar der Wohlfahrtsverwöhnten, für die überhaupt nichts geschieht. Vielleicht nimmt die Öffentlichkeit an, daß in den oberen Lohnklassen, also von VII aufwärts, die Unterstützungen ja so hoch seien, daß ein Zuschlag nicht erforderlich wäre. Dabei übersieht man, daß selbst in diesen Lohnklassen im Durchschnitt die Unterstützung höchstens 12,- bis 15,- RM wöchentlich erreicht, und daß selbst diese Unterstützungssätze durch die Hilfsbedürftigkeitsprüfung noch heruntergedrückt werden.

Ebenso wenig denkt die Verordnung daran, das völlig unmögliche Ortsklassensystem, das durch die Notverordnung vom 14. Juni d. J. in die Arbeitslosenversicherung eingeführt wurde, wieder zu beseitigen. Es sollen lediglich alle Orte mit mehr als 50.000 Einwohnern der Ortsklasse A zugerechnet und im übrigen die Einwohnergrenze von 10.000 Einwohnern bei der Ortsklasse B beseitigt werden. Außerdem sollen mit Hilfe eines Härtefonds gewisse Härten ausgeglichen werden. Das ist die ganz angekündigte Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, die zudem nur bis zum 31. März 1933 befristet ist.

Was außerdem zur Verbesserung der Sozialleistungen getan worden ist, hat auch geringere Bedeutung. In der Krankenversicherung waren durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die Mehrleistungen für solche Kassen ausgeschlossen worden, die mehr als 5 Proz. Beitrag erheben. Es soll nun gestattet werden, einige von diesen Mehrleistungen, nämlich Krankenhospitälge für Familienangehörige, bzw. einen Zuschuß an Stelle der Krankenhospitälge, sowie erhöhtes Hausgeld (namentlich bei Heilverfahren) zu zahlen. Da das Reichsarbeitsministerium aber gleichzeitig erklärt, daß die Versicherungsbehörden in allgemeinen Beitragserhöhungen zwecks Wiedereinführung von Mehrleistungen nicht genehmigen werden, können von der Ermächtigung nur diejenigen Kassen Gebrauch machen, die mit dem jetzigen Beitrag die genannten Mehrleistungen decken können. Das wird bei der heutigen Finanzlage der Kassen kein allzu großer Teil sein.

Sehr typisch ist auch die Regelung für die Unfallversicherung. Es ist nicht etwa daran gedacht, die durch die Notverordnung vom 14. Juni vorgenommene 7%prozentige Kürzung der Unfallrenten wieder rückgängig zu machen, sondern lediglich für Unfälle, die nach dem 31. Dezember 1932 eingetreten, soll auf die Kürzung verzichtet werden. Die Regierung rechnet nämlich damit, daß alsdann durch die vorausgesehenen Lohnsenkungen ohnedies eine entsprechende (Fortsetzung auf der 3. Seite.)

Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften / Eine große Rede von Fritz Tarnow

Nachstehend bringen wir die große Rede, die Fritz Tarnow, der Führer des Holzarbeiterverbandes, im Auftrage der Gewerkschaften auf der öffentlichen Kundgebung am 18. Oktober in Berlin hielt. Die Ausführungen sind für die Gewerkschaftswelt grundlegend und so wichtig, daß jede Arbeiterin und jeder Arbeiter von ihnen Kenntnis nehmen sollte. Sie stellen eine Auseinandersetzung mit der Reichsregierung in einer so wirkungsvollen Form dar, daß die große Öffentlichkeit nicht unbeachtet daran vorbeigehen kann. Die Rede muß in allen Arbeiterfamilien und -versammlungen diskutiert und entsprechend gewürdigt werden, weil in ihr Dinge behandelt sind, die jeden Arbeiter und jede Arbeiterin betreffen.

Tarnow führte aus:

Vor sechs Monaten haben wir auf einem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß den Notsehrei der Arbeitslosen mit der Forderung nach Arbeitsbeschaffung verbunden. Wir haben dafür bestimmte Vorschläge gemacht, nicht aus dem Handgelenk, sondern nach einer sorgfältigen Prüfung der vorhandenen volkswirtschaftlichen Verhältnisse. So vielfältig die Ursachen der ungeheuerlichen ökonomischen Weltkrise auch sind, entscheidend ist die wachsende Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, den Güterverbrauch mit der Güterproduktion im Gleichgewicht zu halten.

Die Sachverständigen schätzen den bisherigen Produktionsverlust durch die Weltkrise — wahrscheinlich noch viel zu niedrig — auf 250 bis 300 Milliarden Reichsmark.

Die deutsche Industrieproduktion ist nach dem Index unseres Konjunkturinstituts auf die Hälfte zusammengeschrumpft. Der Bruttowert der industriellen Produktion ist von 84 Milliarden im Jahre 1928 auf 32 Milliarden in diesem Jahre zurückgegangen. Dieser beispiellose Produktionsverzicht vollzieht sich an einer üppig gedeckten Tafel der Produktionsmöglichkeiten.

Die ausreichende Versorgung aller Menschen ist heute nur noch eine Frage der Organisation der Arbeit. Wir haben nicht die Illusion, als ob sie im kapitalistischen System gefunden werden könnte. Angesichts der entsetzlichen Selbstverstümmelung der kapitalistischen Wirtschaft ist unsere Forderung nach einer völligen Neuordnung, nach sozialistischer Umgestaltung der Wirtschaft um so dringlicher geworden.

Das kann uns aber nicht der Pflicht entheben, auf dem Boden des heutigen Systems nach Verbesserungen, nach erweiterten Lebensmöglichkeiten für die Arbeiterschaft zu suchen. Unsere Arbeitsbeschaffungspläne muß deshalb auf die kapitalistische Gegenwart zugeschnitten sein.

Für die Entfaltung einer privaten Unternehmerinitiative sind die Aussichten sehr gering. An Produktionsmitteln ist Deutschland nach der übereinstimmenden Ansicht aller Wirtschaftskenner so übersättigt, daß ein Neubedarf auf absehbare Zeit nicht vorhanden ist. Mit der Produktionsmittelherstellung waren in der Konjunkturzeit 7 bis 7½ Millionen Menschen beschäftigt. Heute steht der Produktionsindex für diesen Wirtschaftssektor auf 37.

Ganz anders liegen zwar die Voraussetzungen für die Konsumgüterproduktion. Die Bevölkerungszahl hat sich nicht vermindert und der Bedarf an Konsumgütern ist deswegen nicht zurückgegangen. Aber Konsumgüter können nur produziert werden, wenn sie auch gekauft werden, und die Kaufkraft für Konsumgüter ist ständig gesunken. Wenn die Verbrauchsgüterherzeugung für das Jahr 1928 gleich 100 gesetzt wird, betrug sie im September 1927: 111, im Januar 1932 nur noch 76 und im August nur noch 70. Deshalb käme es darauf an, den Konsum zu pflegen.

Von diesen Erkenntnissen gingen unsere Vorschläge der Arbeitsbeschaffung aus. Wir haben damals einen Kreditbedarf von 2 Milliarden abgenommen, um 1 Million Arbeiter für ein ganzes Jahr zu beschäftigen. Man hat uns Inflationsbedenken entgegengehalten. Nach dem Plan der Reichsregierung soll jetzt eine größere Kapitalsumme im Laufe eines Jahres mobilisiert werden. Es ist für uns sehr bemerkenswert, daß das Inflationsgeschrei dagegen in gewissen Kreisen verstummt ist. Das kann nicht begründet werden mit der Veränderung der Finanzierungsmethode, nur der Verwendungszweck allerdings ist ein anderer. Wir wollten 2 Milliarden für tatsächliche und unmittelbare Arbeitsbeschaffung; der Regierungsplan will 22 Milliarden Steuergeschenke an die Unternehmer verteilen und das ist es wohl, was manche Inflationsorgie beschwichtigt hat.

Leider ist die Regierung unserem Vorschlag der direkten Arbeitsbeschaffung nicht gefolgt. Sie will die Wirtschaftskräfte grundsätzlich über den Weg der Unternehmerinitiative, und sie nimmt einfach an, wenn man den Unternehmen Geld gibt, lassen sie schon mehr arbeiten. Wir vermuten, daß sie das erst dann tun werden, wenn sie Ansicht haben, auch mehr verkaufen zu können. Aber wenn wir in bezug auf den Erfolg auch nicht so hoffnungsvoll gestimmt sind wie die Reichsregierung, so sind wir doch bereit, dem wirtschaftlichen Teile des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen. Wir werden uns keiner Maßnahme in den Weg stellen, von der wir hoffen können, daß sie den Arbeitslosen hilft. Dazu können wir deren Elend und grenzenlose Verzweiflung viel zu gut als daß wir den Wunsch haben könnten, das Ziel der Mehrbeschäftigung möge scheitern. Wenn der Plan nicht den Erfolg bringen sollte, den seine

Väter in Aussicht gestellt haben, dann wird nicht Schindens Freude unser Gefühl sein, sondern tiefe Trauer um die zerstörten Hoffnungen bei den Arbeitslosen und Bitterkeit darüber, daß ein großer Aufwand nutzlos vertan worden wäre.

Leidenschaftlich aber müssen wir protestieren gegen den Teil des Planes, der mit unerträglicher Härte in den Lebensstandard der Arbeiterschaft und ihre sozialen Rechte eingreift.

Der Herr Reichskanzler hat in seiner Münchener Rede sich dagegen verwahrt, daß die Regierung Milliarden Geschenke an die Unternehmer verteile, ihr Ziel sei, den Arbeitslosen zu helfen. Den guten Glauben für das letztere billigen wir der Regierung zu. Aber die Tatsache, daß die Grundlage des Planes in der geschickten und bedingungslosen Verteilung von 15 Milliarden Reichsmark Steuern an die Unternehmer besteht, ist doch nicht zu bestreiten. Diese 15 Milliarden sind übrigens eine sehr fatale Größenordnung. Es ist nämlich genau der gleiche Betrag, der mit der Notverordnung vom 14. Juni aus den unteren und untersten Schichten herausgepreßt worden ist.

Aber, wenn die Regierung schon 15 Milliarden an die Unternehmer verschenkt, wenn sie noch weitere 700 Millionen an Einstellungsprämien dazufügen kann, wie konnte sie auf den unseligen Gedanken kommen, auch noch die Lohnsenkungsprämie der Arbeiter mit in den Geschenkkorb zu werfen? Man erzählt sich, daß anfangs zwischen zwei Ministerien ein Streit darüber gewesen sei, ob Einstellungsprämien oder Lohnsenkung, und nur weil man sich nicht habe einigen können, seien schließlich beide Vorschläge zusammengebracht worden. Das wäre dann in jeder Beziehung das Gegenteil einer salomonischen Entscheidung gewesen.

Inzwischen ist die Unsinnigkeit der Lohnsenkungsvorschriften ganz deutlich geworden. Viele Unternehmer schämen sich geradezu, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, weil sie selbst es als ein bitteres Unrecht an der Arbeiterschaft empfinden. Ganze Unternehmergruppen haben sich in diesem Sinne untereinander verständigt, und wenn wir richtig informiert sind, ist auch von maßgeblicher Arbeitgeberseite der Regierung angedeutet worden, daß ein wesentliches Unternehmerinteresse für diese Lohnsenkungen überhaupt nicht vorliege. In vielen Fällen, wo die Unternehmer zunächst auf ihren Notverordnungsschein besanden, genügt ein einfacher Protest der Belegschaft, um sie zum Verzicht zu bringen.

Muß das alles nicht die Regierung stutzig machen? Der Herr Reichskanzler hat vorgestern in Paderborn gemeint, die Arbeitskämpfe um diesen Teil der Notverordnung hätten nur auf Mißverständnissen beruht, die sich durch verständnisvolles Zusammenwirken von Unternehmer- und Arbeiterschaft bereits zum größten Teil gelöst haben, so daß eine Gefährdung des Wirtschaftsfriedens nicht mehr zu befürchten ist. Nun, das verständnisvolle Zusammenwirken besteht in den meisten Fällen darin, daß beide Teile sich darüber verständigen, die Notverordnung nicht anzuwenden. Warum setzt die Regierung ihre Hoffnungen für den Wirtschaftsfrieden auf diese Verständigung, die ja leider in allen Fällen nicht erreicht wird, statt ihre Verordnung vom 5. September einfach zurückzuziehen?

Die Regierung bekannnt sich zur privatkapitalistischen Unternehmerwirtschaft, und der Herr Reichskanzler sagte in seiner Rede, der Plan solle nach den natürlichen Gesetzen der Wirtschaft Arbeit und Brot schaffen. In Wahrheit aber stellt dieses Subventionssystem die Grundlagen der Konkurrenzwirtschaft vollständig auf den Kopf. Der erfolgreiche Konkurrent bekommt Einstellungsprämien und Lohnsenkungen, der geschlagene bekommt nichts, und soll außerdem noch höhere Löhne zahlen als der andere.

Die Idee von Lohnzuschüssen an die Unternehmer ist nicht neu, aber sie wurde früher immer nur im Zusammenhang mit der Exportförderung genannt. Man argumentierte, daß für volkswirtschaftlich zusätzliche Aufträge ein Lohnopfer gebracht werden könnte. Zweifelloos wäre ein deutsches Lohndumping sehr schnell durch Gegenmaßnahmen der anderen Länder korrigiert worden. Jetzt ist die Frage überhaupt aktuell. Nach der weltwirtschaftlichen Lage — doch mehr nach der neueren Handelspolitik der Regierung, fehlt jede Aussicht auf zusätzliche Exportaufträge, mit um so mehr Sicherheit werden wir zusätzliche Aufträge zu erwarten haben. Der Wirtschaftsplan muß sich also in der binnenwirtschaftlichen Konkurrenz betätigen. Wenn der Absatz von Gütern vermehrt werden kann — durch den Leinwand der Notverordnung ist eine Verminderung wahrscheinlicher — können Arbeitereinstellungen an der einen Stelle nur Entlassungen an anderen Stellen bedeuten.

Wo ist die volkswirtschaftliche Gegenleistung und ein Unternehmerisiko, wenn die Mehreinstellung nur durch Arbeitsverdrängung erreicht wird? Oder wenn die Unternehmer ohne ihr Zutun zusätzliche öffentliche Aufträge in den Schoß fallen? Oder wenn ein Unternehmer dem anderen einen Auftrag abgejagt hat? Oder wenn zwei Unternehmer sich verständigen, Aufträge von einem Betrieb nach dem anderen hinüberzuschieben?

Wenn der Staat in allen diesen Fällen den Unternehmern für nichts und wiedernichts Subventionen gibt, womit will er außerdem auch noch einen Lohntribut der Arbeiter begründen? Die Arbeiter im Betriebe sehen die Dinge so, wie sie in Wirklichkeit sind, nicht in der volkswirtschaftlichen Fiktion der Regierung. Die Arbeiter sehen, daß man sie auf die Hungerlinie herunterdrücken will, lediglich zur Bereicherung ihres Unternehmers.

In Kottbus läuft zur Zeit noch ein Kampf bei der Firma Enke. Da sind 70 Arbeiter neu eingestellt, und nach der Notverordnung soll die Belegschaft 12½ v. H. von ihrem Wochenlohn opfern. Für diese Firma hätte sich die Rechnung folgendermaßen gestaltet: An Einstellungsprämien 540 RM, an Lohntributen 875 RM, zusammen 1415 RM, während der Lohn der Neueinstellten nur 1240 RM ausmacht. Also hier neben der kostenlosen Arbeit von 70 Arbeitskräften einen Reingewinn von 175 RM in der Woche. Und den Arbeitern, die sich dieses Exempel nachrechnen, will man zumuten, für solch unmoralisches Geschäft ihre Löhntüte hinzuhalten? Die Belegschaft hat sich dagegen zur Wehr gesetzt, weil sie die Zumutung geradezu wie eine räuberische Erpressung empfunden hat.

Die Notverordnung übt einen starken Anreiz zur Verkürzung der Arbeitszeit aus. Wir haben seit Jahren die gesetzliche Vierzig-Stunden-Woche gefordert und den Arbeitern auch zugemutet, im Interesse der Arbeitslosen nötigenfalls auch ohne Lohnausgleich dieses Solidaritätsoffer auf sich zu nehmen. Wir haben dafür auch Verständnis gefunden in einer Zeit, als die Stundenlöhne noch wesentlich höher waren. Nachdem sie nun immer weiter und weiter abgebaut worden sind, ist das Opfer für die Arbeiter allerdings auch immer schwerer geworden. Wenn nun aber die Verordnung zu den 16 v. H. Lohnausfall aus der Arbeitszeitverkürzung noch weitere 12 v. H. der Lohnsenkung hinzufügt, dann allerdings geht das weit über das noch erträgliche Maß hinaus. Damit ist unserer Idee der Arbeitszeitverkürzung wahrhaftig kein Dienst erwiesen, sondern es wird ihr damit das moralische Fundament in der Arbeiterschaft zerschlagen.

Eine Unmöglichkeit ist der § 7 der Verordnung, der „gefährdete Betriebe“ dadurch retten will, daß er dem Schlichter das Recht gibt, für sie den Tariflohn bis zu 20 v. H. zu senken. Wenn diese Idee in das allgemeine Arbeitsrecht eingefügt werden sollte, wäre das schließlich das Ende der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse, aber auch eine Groteske im kapitalistischen Konkurrenzsystem. Die „Grenzbetriebe“, die am Rand der Konkurrenzfähigkeit liegen, sind doch ein unvermeidbarer, ja sogar notwendiger Bestandteil dieses Systems. In einer Krise, die den gesamtwirtschaftlichen Auftragsbestand auf die Hälfte reduziert hat, für manche Wirtschaftszweige auf ein Drittel und noch weniger, muß doch selbstverständlich die Zahl der gefährdeten Betriebe riesengroß anwachsen. Wenn man einen solchen Betrieb durch Lohnsenkung wieder konkurrenzfähig machen könnte, müßte dafür ein anderer aus der Konkurrenz verschwinden. Und wenn man diesem dann auch die Lohnsenkung zubilligen würde und schließlich die ganze Reihe durchkäme, dann würden am Ende ganz bestimmt nicht weniger, sondern mehr Grenzbetriebe vorhanden sein, weil ja damit nur weitere Aufträge zerstört worden wären.

Der § 7 ist ein ganz böses Instrument, um den Tarifvertrag auf kaltem Wege erledigen zu können, und überhaupt ist der ganze Wirtschaftsplan so tarifvertragsfeindlich, daß die Gewerkschaften sehr ernsthaft vor die Frage gestellt sind, ob es für sie überhaupt nicht besser ist, die Tarifverträge aufzugeben.

Zu den widersinnigen Wirkungen des ganzen Planes gehört auch die Bestrafung der sozialdenkenden Unternehmer und die Prämierung der antisozialen Unternehmerrutinität.

Die Arbeitnehmerschaft fühlt sich durch die Notverordnung vom 5. September ver Gewaltigt, sie fühlt sich einseitig und mit emporender Ungerechtigkeit zu Opfern herangezogen, die für sie untragbar und für den wirtschaftlichen Zweck nicht nur entbehrlich, sondern geradezu hemmend sind. Wenn die von der Lohnsenkung betroffenen Arbeiter aus ihrem Konsumetat nun vielleicht das letzte herausstreichen müssen, was außer Miete und einfacher Ernährung noch darin stand, dann begreifen sie, wie besser als irgendein gelehrter Nationalökonom, daß dies das Gegenteil von wirtschaftlicher Ankerbelegung bedeutet.

Als mit dem Lohnabbau amtlich begonnen wurde, hat man den Arbeitern gesagt, hinterher würden auch die Preise soweit sinken, daß der Reallohn bald wieder der alte sein würde. Diesmal macht man nicht einmal den Versuch, den Zusammenhang zwischen Lohn und Preisen aufrechtzuerhalten. Der Herr Reichskanzler hat zwar bei der Bekanntgabe des Planes verkündet, daß die Deflationspolitik zu Ende sei. Da aber dieser Plan selbst unerhört scharfe Lohnsenkungen verordnet, bezieht sich die Ankündigung also nur auf die Preise.

Daß es der Regierung ernst ist, die Preise insbesondere für landwirtschaftliche Artikel auf jeden Fall höher zu schrauben, das erkennen wir ja in ihrer Handelspolitik. Wenn heute fast das gesamte Einkommen der

Arbeiter, außer der Miete, für die Ernährung angewendet werden muß, bedeutet die Verteuerung der Ernährungskosten eine nicht viel geringere Senkung des Reallohnes. Wir haben durchaus Verständnis auch für die Not der Landwirte, aber auf eine so simple Art, die Löhne der Industriearbeiter zu senken und die Agrarpreise zu erhöhen, ist ganz bestimmt die Agrarkrise nicht zu lösen. Die Lage der Landwirte ist aufs engste und unlösbar verbunden mit der Konsumfähigkeit der breiten Massen. Wer der Arbeiterschaft den Brotkorb höher hängt, wer ihr die Butter vom Brot nimmt und das letzte Stückchen Fleisch aus dem Kocktopf holt, der greift auch der Landwirtschaft nach der Gurgel.

Die Handelspolitik der Einfuhrsperren und Kontingentierungen hat bereits zu gefährlichen Gegenmaßnahmen in anderen Ländern geführt. Unser Export ist schon auf weniger als die Hälfte gesunken. Wenn die Regierung ihren Kurs nicht schnelligst ändert, muß eine weitere katastrophale Verschlechterung eintreten, und das wäre wiederum ein schwerer Schlag gegen die Arbeiterschaft.

Die Reichsregierung wird wohl selber nicht damit rechnen, daß ihre Gesamtpolitik in den Massen der Arbeitnehmer Sympathien genießt. Deshalb verstehen auch wir es, wenn der Herr Reichskanzler sich darauf beschränkt bei den anderen Volksgeschlechtern um Vertrauen für seine Politik zu werben. Soviel Einsicht aber müßten wir trotzdem von der Regierung erwarten dürfen, daß sie ihre wirtschaftlichen Maßnahmen nicht noch mit überflüssigen sozialen Härten verbindet.

Wir verhehlen nicht, daß wir auch den Wirtschaftsplan für schlecht halten, für viel schlechter jedenfalls, als unsere eigenen Vorschläge. Aber wir erhoffen nicht, sondern be fürchten nur, daß die Erwartungen der Reichsregierung auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit durch ihren Plan sich nicht in dem Maße erfüllen werden, Ginge es nach unseren Wünschen, würden wir ihm gern nicht 1½ Millionen, sondern 6 Millionen Mehrbeschäftigter zubilligen. Wozu aber die unnötige soziale Quälerei der Notverordnung vom 5. September? Würde diese Verordnung wieder aufgehoben, so wäre der Wirtschaftsplan nicht im geringsten gefährdet. Der wohlhabende Bürger mag sich denken, daß sein Lohnverlust von „nur“ 2 bis 3 RM für den einzelnen in der Woche doch nicht gar so tragisch wäre. Für den Arbeiter aber mit 20 bis 25 RM regelmäßigem Einkommen kann dieser Verlust gerade so viel bedeuten, daß er anfängt, sich nach dem Gasschlauch umzusehen.

Die Regierung gibt sich einer großen Täuschung hin, wenn sie glaubt, dadurch Ruhe bekommen zu können, daß sie die Gewerkschaften schwachmacht zu setzen versucht. Wenn ihr das wirklich gelänge, so hätte das noch keine andere Bedeutung, als daß der Abwehrkampf auf einen anderen Boden abgedrängt würde und in Form der Regierung, aber auch den Unternehmern noch sehr viel weniger Freude bereiten würde, als der geordnete Gewerkschaftskampf.

Die Regierung sollte sich hüten, den Bogen zu überspannen. Die Staatsautorität kann nicht schlimmer erschüttert werden, als wenn das offenkundige Recht bei denen ist, die sich gegen Gesetze und gegen die Staatsautorität zur Wehr setzen, weil sie es müssen. Denn es gibt ein Naturrecht, das höher steht als alles geschriebene Recht, das von keinem Staatsakt und von keiner Obrigkeit annulliert werden kann: das Naturrecht der geschundenen Kreatur gegen sinnlose Vergewaltigung. Die Regierung mag es nicht so empfinden, aber die Arbeiterschaft empfindet es so. Sie fühlt sich einer Vergewaltigung ausgesetzt, und aus dem tiefsten Bewußtsein eines sittlichen Rechts ist ihre Widerstandsbewegung eine spontane und elementare.

Die Regierung hat es noch in der Hand, ihren Wirtschaftsplan von den offenkundigen antisozialen Fehlkonstruktionen zu bereinigen, und wir fordern sie dringend auf, damit nicht länger zu zögern.

Hätten wir zur Zeit eine Volksvertretung als Instanz über der Regierung, wer wollte daran zweifeln, daß sie unsere Forderung erfüllen würde? Die gegenwärtige Reichsregierung leitet Amt und Auftrag vom Reichspräsidenten ab. Wir wissen wohl, daß der Herr Reichspräsident die Notverordnungen unterschrieben hat, aber wir erinnern uns auch, daß er vorher feierlich verkündet hatte:

„Der Reichspräsident ersucht den Reichskanzler, bei der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen darauf zu achten, daß der Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe.“

Wir müßten leider feststellen, daß dieses Versprechen nicht eingelöst worden ist. Oder wollte ein Vertreter der Regierung die Behauptung wagen, der Lebensstandard der Arbeiterschaft sei durch diesen Plan nicht herabgedrückt, der soziale Gedanke sei nicht beschädigt worden? Wir erinnern an das Versprechen des Herrn Reichspräsidenten, dessen Erfüllung wir für die deutsche Arbeiterschaft beanspruchen.

Ich hoffe, daß unsere Darlegungen nicht spurlos an den Erwägungen der Reichsregierung vorübergehen, daß sie erneut in eine Prüfung der Sachlage eintritt und daß das Ergebnis in der schnellen Aufhebung der Verordnung vom 5. September besteht.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Verminderung der Renten eintreten wird, und sie beabsichtigt auch, soweit Ortslohne, oder wie in der Landwirtschaft, durchschnittliche Jahresarbeitsverdienste als Berechnungsgrundlage in Betracht kommen, diese entsprechend herabzusetzen.

In der Invalidenversicherung, in der die Renten durch die Verordnung vom 11. Juni bekanntlich besonders brutal gekürzt wurden, soll überhaupt keine Erleichterung geschaffen werden. Denn die Vorschriften, wonach die Rentenversicherungen durch Beschluß der Selbstverwaltung gewisse Mehrleistungen zulassen können, kommt praktisch nur für die Angestelltenversicherung in Betracht, die die Gewährung von Waisentrenten und Kinderzuschüssen über das 15. Lebensjahr hinaus beschließen kann.

Die im Dezember vorigen Jahres eingeführte Aufrechnung mehrerer miteinander zusammenstreichender Renten wird, trotz der außerordentlichen Härten, die sich inzwischen herausgestellt haben, im allgemeinen nicht geändert. Das besondere, in der Öffentlich-

keit stark hervorgehobene Entgegenkommen gegenüber den Kriegsverrenten besteht ausschließlich darin, daß die Freigrenze von 25 RM pro Monat, die bisher nur für die vor dem 1. Januar 1932 festgestellten Versorgungsrenten galt, nunmehr auch für die späteren Renten angewandt werden soll.

Alle diese kleinen Maßnahmen werden an der trostlosen Lage unserer Arbeitslosen und Rentner wenig ändern. Im Verhältnis zu dem, was namentlich durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 genommen wurde, sind diese billigen Konzessionen nichts als ein Almosen, und zwar eines, das um so kürzlicher erscheinen muß, als es zeitlich zusammenfällt mit der Gewährung von 2,2 Milliarden Reichsmark Steuererleichterungen an die Unternehmer. Zieht man weiter in Betracht, daß die Regierung gleichzeitig an ihrer sich täglich als immer undurchführbarer, unsozialer und wirtschaftsfeindlicher erweisenden Lohnsenkungsverordnung vom 5. September 1932 festhält, so wird erst besonders deutlich, daß man in den neuen Maßnahmen keine Änderung des bisherigen sozialpolitischen Kurzes der Papen-Regierung erblicken kann.



Bei Glasarbeiterkollegen in Oesterreich

Kollege Paul Bulke, Dresden, hatte Gelegenheit, einige Tage Urlaub in Wien zu verbringen. Er benutzte diese Zeit, um mit Hilfe des Kollegen Robert Pipelka, dem Zentralbranchenleiter der Gruppe Glas im Verband der Arbeiterschaft der Chemischen Industrie Oesterreichs, mit der österreichischen Kollegenschaft Fühlung zu bekommen. Kollege Bulke hielt einige Versammlungen ab und kam auf diese Weise recht eng mit der Kollegenschaft in Berührung. Welchen Eindruck er von dieser auf eigene Kosten unternommenen Fühlungnahme mit den österreichischen Freunden mit heimbrachte, schildert er in folgenden Zeilen:

An vier Tagen je einige Stunden unter den Glasarbeitern Oesterreichs zu verweilen, wurde mir ein Erlebnis. Die Glasarbeiter-Versammlungen in Moosbrunn und Floridsdorf waren sehr gut besucht. Mit einem bei der Eröffnung der Versammlung vorgetragenen Freiheitsgesang der Glasarbeitersänger wurden die Versammlungen eingeleitet und nahmen einen recht eindrucksvollen Verlauf. Die Kollegen in Moosbrunn und Floridsdorf hatten es sich nicht nehmen lassen, ihrem reichsdeutschen Gast gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß sie in innerer Verbundenheit gewillt sind, nach wie vor für die Interessen ihrer Berufskollegen den Kampf bis zur endgültigen Befreiung aus den Fesseln der Lohnsklaverei zu führen. Der Organisationsgeist, der sich insbesondere in diesen zwei Versammlungen bemerkbar machte, war recht erfrischend und könnte bei uns in Deutschland, so manchem Kollegen als Musterbeispiel dienen.

Von den in Moosbrunn und Floridsdorf beschäftigten Glasarbeitern gehören fast alle ihrer Berufsorganisation an. Nicht nur die Glasarbeiterkollegen, sondern auch ihre Frauen nehmen regen Anteil am Organisationsleben und waren in diesen beiden Versammlungen auch vertreten. Mit besonderem Interesse wurde von den österreichischen Kollegen der Bericht über

die Existenzverhältnisse der reichsdeutschen Glasarbeiter entgegengenommen. Begreiflicherweise wurde aber besonderer Wert darauf gelegt, über die politischen Verhältnisse Deutschlands Näheres aus dem Munde eines reichsdeutschen Kollegen zu erfahren. Die Arbeiterbewegung in Oesterreich hat gegenüber der in Deutschland den Vorzug, daß Zersplittertendenz radikaler Parteien sich in fühlbarem Ausmaß überhaupt nicht bemerkbar machen können.

Recht wohltuend wirkte die sachliche Art bei der von den österreichischen Kollegen vorgebrachten Gedankenentwicklung über die Aufgaben und insbesondere die realpolitische Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Wenn sich auch vereinzelt Stimmen bemerkbar machten, die dem Radikalismus das Wort redeten, so konnte doch wahrgenommen werden, daß der Einstellung zum gewerkschaftlichen Aufgabengebiet ein real gesunder Kern innewohnt, der in Deutschland, auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Tätigkeit zur Anwendung gebracht, ganz unzweifelhaft zum Ausschluß aus der oppositionellen Arbeiterpartei (Kommunisten) führen würde.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen in Oesterreich sind infolge der großen Arbeitslosigkeit nicht günstig. Not und Entbehrungen haben auch dort die Glasarbeiter zu tragen, wie das leider auch in Deutschland der Fall ist. Es sei aber betont, daß der Lebensstandard der österreichischen Glasarbeiter bestimmt nicht schlechter ist als bei den deutschen Glasarbeitern. Einen Vorzug haben unsere Berufskollegen in der Glasindustrie Oesterreichs und zwar insofern, daß die Mechanisierung der Glasproduktion sich nicht so durchsetzen konnte wie in Deutschland. Der Rohrzieher wälzt dort noch seinen Posten, und der Kolbenmacher fertigt Glühbirnen in Handarbeit an.

Die Führung der österreichischen Glasarbeiterkollegen liegt in sehr guten Händen, das birgt dafür, daß alle Bestrebungen der Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsverhält-

nisse der Glasarbeiter unerträglich zu verschlechtern, vereitelt werden.

Auch die Glasarbeiterversammlung in Wien war verhältnismäßig gut besucht. Die Kollegen Glasarbeiter, Maler und Instrumentenmacher haben unter der Wirtschaftskrise außerordentlich stark zu leiden. Die langanhaltende Kurzarbeit, zum Teil völlige Arbeitslosigkeit, muß leider auch von diesen Kollegen in Kauf genommen werden. Mit dem allergrößten Interesse nahmen auch hier die Kollegen an den beruflichen Verhältnissen ihrer Berufskollegen in Deutschland und an den politischen Vorgängen regen Anteil.

In Stockerau war die Versammlung nicht besonders gut besucht, das mag darauf zurückzuführen sein, daß zwei Tage vorher der dortige Betrieb stillgelegt wurde und die Kollegen zum Teil deshalb nicht anwesend waren.

Die Fühlungnahme mit den österreichischen Glasarbeitern und die Gelegenheit, hierbei das schöne Wien mit seiner wunderbaren Umgebung kennenzulernen, wird mir in unvergesslicher Erinnerung bleiben. Noch unergieblicher ist aber die geradezu väterlich und familiär anmutende Gastfreundschaft der österreichischen Glasarbeiterkollegen. Unsere Bruderorganisation in Oesterreich kann wahr-

haftig auf solche Klassenkämpfer und Mitglieder ihres Verbandes stolz sein.

In allen Versammlungen kam unter den Kollegen das unerschütterliche Streben zum Ausdruck, die Zeit nicht mehr fern zu sehen, wo wie gemeinsam mit den österreichischen Glasarbeitern in einer großen Organisation zusammengeschlossen sind und in dieser gemeinsamen Organisation den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse zum endgültigen Siege führen.

Durch die freundliche Aufnahme der Kollegen in Wien hatte ich Gelegenheit, unter Führung des Kollegen Robert Pipelka die Sehenswürdigkeiten von Wien kennenzulernen und die einzigartige Wohnungsbauwirtschaft der Gemeinde zu bewundern und zu erfahren, in welcher Weise die Leitung der Stadt Wien für billige Wohnungen der Arbeiterbevölkerung sorgt, zu Wohnungsmieten — die nach unseren Begriffen märchenhaft billig erscheinen.

Voller Bewunderung über das schöne Wien hatte ich nur den Wunsch, daß es allen meinen Kollegen in Deutschland vergönnt sein möchte, auch einmal Oesterreich mit seinen Sehenswürdigkeiten, Naturschönheiten und den prächtigen Glasarbeiterkollegen kennenzulernen. Paul Bulke.

Glasindustrielles aus dem Riesengebirge

Der Zweckverband der Glasindustriellen des Riesengebirges hat bedauerlicherweise den am 3. Oktober 1932 gefällten Schiedsspruch zur Neuordnung des Lohn- und Manteltarifvertrages abgelehnt. Allerdings erklärt man in der Ablehnungszuschrift an den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Görlitz bezüglich des Manteltarifvertrages, daß derselbe Zustimmung finden könnte, wenn der § 5 mit der vorgesehenen Akkordlohnregelung abgeändert werden würde.

Gerade diese Bestimmung ist nach mehrstündigen Beratungen in der Schlichterkammer auf Vorschlag der Arbeitnehmer angenommen worden, damit infolge Fehlens eines Richtlohnes die Akkordarbeiter wenigstens die Sicherung haben, daß während der Laufdauer der Zeitlohn-Akkordtarife nicht geändert werden können.

Bei den Stücklohntarifen ist die Bestimmung des § 7 aus dem Manteltarifvertrag der Weißhohlglasindustrie mitaufgenommen worden, die unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit für die Betriebsparteien bietet, Akkordstückerlöse auch während der Laufdauer des Vertrages zu verändern, wenn die notwendigen Unterlagen dafür den Nachweis bringen.

Die Arbeitnehmer müssen mit aller Deutlichkeit betonen, daß die im § 5 des Manteltarifvertrages für die Bleikristallglasindustrie des Riesengebirges vorgesehene neue Regelung unbedingt Vertrag wird, denn sonst wären sie dem einseitigen Direktionsrecht der Firmen bei Festlegung von Stücklohnsätzen ausgeliefert.

Der vorgesehene Lohnabzug, der den Ecklohn des ungelerten Arbeiters auf 47,5 Pf. festsetzt, soll immer noch nicht genügen, die Betriebe konkurrenzfähig zu erhalten. Es wird nicht mehr danach gefragt, ob mit einem solchen Lohn die Existenz der Arbeiter überhaupt gewahrt ist. Wir haben dies in den Verhandlungen bereits bezweifelt, und müssen dies auch an dieser Stelle tun. Es ist einer Industrie, die eine so hochwertige Erzeugung auf den Markt bringt, unwürdig, die Arbeiter in ihrer Existenz so stark zu gefährden. Es brauchte dies alles nicht zu sein, wenn die

Kristall- und Bleikristallglasindustrie als Gewerbe ihre Konkurrenzsicherheit durch Verständigung untereinander herbeiführen würde.

Die Arbeitnehmerorganisation hat die Verbindlichkeit für den abgelehnten Schiedsspruch beim zuständigen Schlichter beantragt. Wir wollen hoffen, daß die Parteien durch den Schlichter zur endgültigen Annahme des Schiedsspruches noch nachträglich gebracht werden, damit vertragliche Grundlagen wieder vorhanden sind.

Den Arbeitnehmern rufen wir an dieser Stelle zu: sich durch besseres Geschlossenheit in ihrer Organisation für kommende Machtkämpfe, die sicher auch in Zukunft in Erscheinung treten werden, vorzubereiten.

Weißwasser O.-L.

Bei den Glaswerken Gelsdorf in Weißwasser O.-L. die auf Grund der Notverordnung vom 5. September einen Lohnabbau für die 31 bis 40. Stunde vornehmen wollten, und wo die Arbeiterschaft seit 10. Oktober sich im Abwehrkampf befand, ist dieser Abwehrkampf erfolgreich beendet. Die Arbeit wurde am 21. beziehungsweise 22. Oktober wieder zu den alten Bedingungen aufgenommen, nachdem der Aushang zurückgezogen wurde.

Litauen

Die Gesellschaft „Styklolyt“ in dem Kownoer Vorort Sohanzy hat die im Vorjahr in Konkurs gegangene Glasfabrik erworben, sie mit neuen Maschinen ausgerüstet und will den Betrieb in den nächsten Tagen aufnehmen. Die Fabrik wird Tafelglas, Flaschen, Gläser, Tintenfassler und Apothekengläser herstellen. Das Kapital der neuen Fabrik wird auf etwa 200.000 Lit geschätzt.

Nach deutschen Verhältnissen kann man sich nicht gut vorstellen, daß in einer Glashütte Tafelglas, Flaschen und Apothekengläser hergestellt werden können und noch dazu auf maschinellem Wege. Entweder sind die neuen Fabrikbesitzer keine Fachleute oder der Berichterstatler hat falsch gehört.



Elsterwerda

Uns wird geschrieben: Wer Gelegenheit nimmt und die Kollegenschaft der Steingutfabrik Elsterwerda einmal näher betrachtet, wird erstaunt sein, bei Arbeitenden so magere, hochwächtige bleiche Gesichter, so abgerackerte hagere Gestalten zu sehen. Abgearbeitet, müde und völlig ausgepumpt kommen sie aus dem Betrieb. Kraftlos schwanken sie in Sorgen, gebannt ihren Behausungen zu, um mit magerer Kost und bleiernem Schlaf ihre Arbeitskraft für den nächsten Tag wieder halbwegs instandzusetzen. Die Arbeit ist nicht leicht. Die ganze Körperkraft ist notwendig, um sie leisten zu können. Alle Nerven müssen angespannt werden, um den Leistungsgipfelanforderungen gerecht werden zu können. Es ist kein Arbeiten mehr, die Tätigkeit in der Steingutfabrik Elsterwerda, es ist ein Auspowern der Arbeitskraft bis zum letzten Saftquäntchen und bis zum letzten Nervenstrang. Es ist ein Schütten und Wüsten bis zur höchsten Potenz bei jung und alt, bei Mann und Frau.

Und die Bezahlung? Sie ist geradezu jämmerlich. Erwachsene Männer und Familienväter werden nach 48stündiger Wochenarbeitszeit mit Bruttolöhnen von 26,64 RM heimgeschickt. Frauen über zwanzig Jahre bekommen für schwere Wochenarbeit 16,32 RM. Und jungen Mädchen wird für ihren Bienenfleiß ein Brutto-Wochenlohn von 5,28 RM gegeben. Davon soll sich ein junges Menschenkind ernähren, kleiden und am Leben erhalten. Von den Bruttolöhnen gehen nun noch die gesetzlichen Abzüge ab.

Derart niedere Wochenverdienste sind dem Inhaber der Steingutfabrik Korschewitz aber immer noch zu hoch, denn er schämte sich nicht, auch noch vom Lohnabzug der Notverordnung Gebrauch zu machen. Er er 25 Prozent neuinstellte, zog er 10 Prozent vom Gesamtlohn bzw. 50 Prozent für die 31.-40. Arbeitsstunde ab. Gewiß, er kann das, die Regierung von Papen gestattete ihm das „Recht“. Im Falle Elsterwerda ist diese Maßnahme aber kein Recht mehr, sondern eine Ungleichheit an der Belegschaft, weil ihr Einkommen damit zu Teil auf das niedrige Niveau der Erwerbslosenunterstützung herabgedrückt wurde und weil damit offenbar wird,

daß der Inhaber der Steingutfabrik sich mit Arbeitergroschen über Wasser halten will. Ihm hätte das Steuergutscheingeschick genügen müssen, aber nein, die paar Lohn-groschen müssen auch gar genommen werden, weil eben Privatkapitalisten nie satt zu bekommen sind. 2,78 RM Tribut im wahren Sinne des Wortes muß ihm der über 24jährige Zeitlohnarbeiter, 1,70 RM die erwachsene Zeitlohnarbeiterin und sogar 55 Pf. das arme Mädchen auf Grund der Notverordnung ablassen. Und Korschewitz streicht diesen Tribut armer Steingutproleten ein, ohne rot dabei zu werden.

Die Belegschaft der Steingutfabrik Elsterwerda sollte daran denken, daß sie so manchmal kommunistischen Parteilippen gefolgt ist und politische Kämpfe im Betrieb durchzuführen versuchte. Wäre es angesichts dieser ungeheuerlichen Lohnkürzung nicht angebracht gewesen, einmal für sein eigenes Wohl und Wehe und für das der Frauen und Kinder an eine geschlossene Abwehr dieses Anschlages auf den kärglichen Lohn zu denken und sie durchzuführen? Diese Frage muß man an die elsterwerdaer Kollegenschaft stellen, wenn man an ihre Vergangenheit denkt, wo sie sich von jedem radikalen Hanswurst ins Schlepptau nehmen ließ. Bei der Anwendung des notverordneten Lohnabzuges durch Korschewitz wäre es notwendig gewesen, sich seiner Haut zu wehren und einen Notwehrkampf zu führen, aber nichts ist geschehen. Die Belegschaft der Steingutfabrik Elsterwerda hat den Mut zum sachlichen Kämpfen nicht aufgebracht. Das ist eine Schlappe, die sie sich selbst beigebracht hat. Das öffentlich festzustellen, ist notwendig und auch die Belegschaft der Steingutfabrik Elsterwerda tut gut, aus den letzten Ereignissen zu lernen. Das Lernen besteht darin, zu erkennen, daß sie von dem Notwehrrecht der geschundenen Kreatur Gebrauch macht.

Steingutprolet. Nachschrift der Redaktion: Diese Zuschrift eines Kenners der Elsterwerdaer Verhältnisse geben in mancher Hinsicht zu Bedenken Anlaß, weil sie schließlich auch falsch gedeutet werden könnten. Da aber doch einmal über Elsterwerda geschrieben werden muß, gab die Redaktion den Zeilen Raum in der Hoffnung, daß sie die Kollegenschaft in Elsterwerda zur Selbstbesinnung anregen.

Neueinstellungen

Der sich alljährlich wiederholende konjunkturelle Aufschwung in der bayerischen Porzellanindustrie in den Monaten September bis Dezember und nicht etwa die Notverordnung Papens führte erfreulicher Weise auch in diesem Jahr für einige Wochen zu Neueinstellungen und zu einer geringen Mehrbeschäftigung. Vom 1. September bis zum 15. Oktober konnten 61 Betriebe 2402 Personen wieder in Arbeit nehmen. Meist werden weibliche Arbeitskräfte von den Arbeitältern angefordert und jüngste Altersklassen. Im Arzberger Grenzgebiet reichen die Mädchen in den gewünschten Altersklassen gar nicht zu. Trotzdem männliche Arbeitslose noch genügend vorhanden sind, mußten dort 60 Grenzläuferinnen mit Zulassungsschein von der Tschechoslowakei hereingelassen werden. Für Gießerei, Stahlröckerei, Binderei und Sortiererei wurden vor allem weibliche Arbeitskräfte eingestellt.

An sich ist die Neueinstellung ein erfreulicher Vorgang, aber die Papenregierung mit ihrer Notverordnung hat nicht den geringsten Anteil daran, denn die Anträge kommen wie alle Jahre infolge des Weihnachtsfestes mit seinen Geschenkskitten und -gebrauchen. Der überwiegende Teil der Arbeitskräfte einstellenden Betriebe möchte erfreulicherweise nicht von den Bestimmungen der Notverordnung Gebrauch.

Kahla

Auch in der Porzellanfabrik A.G. Kahla in Kahla/Thüringen soll die Notverordnung mit ihren Lohnabbaubestimmungen angewandt werden. Die Belegschaft hat in namentlicher Abstimmung den Lohnabbau einstimmig abgelehnt und am Sonnabend, dem 22. Oktober, die Kündigung eingereicht. Wenn die Firma nicht Abstand nimmt von ihren Maßnahmen, dann kommt es in Kahla zum Kampf.

Die Porzellanfabrik Kahla A.G. richtet sich sonach auch nicht nach den Wünschen des Reichsarbeitsministers Schaeffer, der am 19. Oktober in einer Rundfunkrede betonte, daß es dem Sinn der Verordnung widerspricht, die Löhne auch dort zu senken, wo eine Senkung nicht mehr vertretbar ist. Der Betrieb ist auch gut beraten, wenn er sich deshalb vorher mit seiner Belegschaft verständigt und wenn er gleichzeitig dort, wo leitende Angestellte noch überhohe Gehälter beziehen, auch diese Gehälter mit den heutigen Verhältnissen in Einklang bringt.

Termine der Frühjahrsmesse 1933

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1933 beginnt Sonntag, den 5. März. Schluß der Textilmesse ist Mittwoch, den 8., der Sportartikelmesse und ebenfalls der Möbelmesse am Donnerstag, dem 9., der übrigen Zweige der Mustermesse Sonnabend, den 11. März, mittags, während die Große Technische Messe und Baumesse auf dem Anstellungsgelände bis Sonntag, den 12. März, abends, geöffnet bleibt.

Zusammenschluß

Unter der Firma Sanitäts-Keramik, G. m. b. H., Berlin, vollzog sich kürzlich der Zusammenschluß sämtlicher deutscher sanitärer Steingutfabriken auf die Dauer von zehn Jahren. Die Verkaufstätigkeit begann am 15. Oktober. Die Preise wurden um 15 bis 20 Proz. höher gegen bisher festgesetzt.

Den Arbeitern werden die Löhne gekürzt, und die Unternehmer erhöhen die Preise. Eine nette Papen-Wirtschaft!

Weitere Anwendung der Notverordnung

Zu den bereits gemeldeten Firmen, die die Notverordnung anwandten, kommen noch: Porzellanfabrik Schirnding, Porzellanfabrik Beyer & Bock, Schwarz, Greiner & Herda, Oberkotzau. Die Kahla A.-G. und Gebr. Metzel in Könnitz haben die Anwendung angekündigt.

Arzberg

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß sich in Arzberg noch eine Anzahl erwerbsloser Kollegen befinden. Arbeitssuchende von auswärts wollen sich deshalb in ihrem eigenen Interesse bei der Zahlstellenleitung erkundigen.

Frankreich

Auf die Initiative der Syndikatskammer der Porzellanfabrikanten von Limoges haben etwa 60 französische Porzellanfabrikanten beschlossen, ein nationales Syndikat der französischen Porzellanindustrie zu gründen. Das Syndikat, dem bereits die meisten französischen Produzenten angehören, wird die Aufgabe haben, den Kampf gegen die ausländische Konkurrenz zu organisieren, die Zollfragen zu bearbeiten und andere die Industrie interessierenden Fragen zu prüfen. Die staatliche Porzellanmanufaktur in Sèvres hat sich bereit erklärt, dem Syndikat sein Forschungslaboratorium zur Verfügung zu stellen, das der privaten Industrie große Dienste zu leisten imstande wäre.



Streik der Wandplatten-Betriebe Grohn-Vegesack

Seit Sonnabend, dem 15. Oktober d. J., stehen in Grohn-Vegesack 600 Plattenarbeiter im Abwehrkampf.

Durch Kündigung des Lohnstarifes versuchte das Unternehmen die ohnehin schon niedrigen Löhne von 59 Pfennigen die Stunde erneut zu senken.

Die aufgestellten Unternehmerforderungen auf 15 Prozent Lohnabbau wurden von uns als Organisation rund abgelehnt und verlangt, daß der bisher bestehende Lohnstarif weiter Geltung behalten sollte. Von unserer Seite wurde darauf verwiesen, daß ein Lohnsatz von 59 Pf. unter dem Existenzminimum liegt und daher keine Senkung mehr ertrage, aber alle Hinweise prallten am Starrsinn des Syndikats Dr. Kunz ab, der anscheinend wie so viele Unternehmer von der Lohnabbaupsychose befallen ist.

Nach Scheitern der Verhandlungen glaubte das Unternehmen durch Aushang eines 10prozentigen Lohnsenkung diktieren zu können. Die geschlossene Haltung der Belegschaft,

Jeden Lohnabbau mit Arbeitsniederlegung zu beantworten, veranlaßte jedoch den Unternehmer den Aushang zurückzuziehen und den Schlichtungsausschuß anzurufen.

Der staatliche Schlichtungsausschuß Bremen erledigte sich seiner Aufgabe unter dem Signum „Ankurbelung der Wirtschaft“ in der Weise, daß den Plattenarbeitern ein Lohnabbau von 8 1/2 Prozent zugemutet und ein entsprechender Schiedsspruch gefällt wurde.

Die Belegschaft lehnte auch diesen Schiedsspruch ab und beschloß, nach Ablauf der Erklärungsfrist in den Streik zu treten. Diesem Beschluß ist die Belegschaft einmütig gefolgt, und jetzt kämpfen 600 Arbeiter um die Erhaltung des zum Leben Nötigsten.

An alle Kolleginnen und Kollegen der Wandplatten-Industrie ergoht die Mahnung und Aufforderung: Stärkt und kräftigt unseren Verband! Absichtsstehende darf es nicht geben. Je mächtiger unser Verband, um so eher ist Schluß mit diesem unwirtschaftlichen Lohnabbau.

Eine Million Reichsmark verpulvert

Eine Ziegelfachzeitschrift berichtet über den Zusammenbruch des Ziegeleikonzerns für den Jüchener und Berghemder Kreis. In ganz kurzer Zeit hat es der Leiter des Konzerns, Dr. Siegel, verstanden, eine gute Million Reichsmark zu verpulvern.

Von der Grevenbroicher-Sparkasse wurden dem Konzern von dem Leiter der Sparkasse ein Barkredit in Höhe von 100.000 RM und ein Wechselkredit im Betrage von 50.000 RM ohne Genehmigung des Vorstandes, weiter ein Kredit von 40.000 Reichsmark mit Genehmigung des Vorstandes gegeben. Diese Summen werden voraussichtlich restlos verloren sein. Weiter wurde nachträglich festgestellt, daß der Leiter des Konzerns in erheblicher Weise mit ungedeckten Postchecks arbeitete und mehrere Sicherheiten mehrfach übereignet hatte. Auch einige Großbanken sind mit namhaften Beträgen an der Pleite beteiligt. Unter den Geschädigten befindet sich auch eine große Reihe von Leuten, die auf Schuldcheine Geld gegeben haben und auf sogenannte Gefälligkeitswechsel reingefallen sind. Der Sparkassendirektor, ein Zweigstellenleiter und ein Angestellter der Sparkasse, weiter der Leiter des Ziegeleikonzerns Dr. Siegel und der Betriebsleiter Wie-

mann sind vorläufig in Haft genommen worden.

Wenn seitens der Ziegelfachzeitschrift als Entschuldigung für die Kreditschwandeleien des Konzernleiters angeführt wird, daß die Unübersichtlichkeit des Konzerns, dessen Ziegeleien sich auf mehrere Kreise verteilten, die Kreditschwandeleien erst ermöglichten — bis jetzt hat man noch nicht feststellen können, wofür diese Summen ausgegeben wurden — so können wir das nicht anerkennen. Erst das blinde Vertrauen, das viele Kreise des Unternehmertums den privatkapitalistischen Führern entgegenbringt, schafft die Voraussetzung für das Einreißen solcher Zustände. Jede Kritik seitens der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung unserer so begnadeten Wirtschaftsführer wurde von den Unternehmern als wirtschaftlicher Landesverrat hingestellt. Dieser Fall gehört genau so zu dem privatkapitalistischen Wirtschaftssystem mit seinen Verfalls- und Korruptionsscheinungen wie die Fälle der „Farag“, Lahusen, Katzenellenbogen, Zement Wicking, usw., usw. und des Oberschwändlers aller kapitalistischen Größen, die bis jetzt bekannt wurden, und angeordneten Führers (nach dem Nazi-Lexikon) des schaffenden Kapitals, Iwar Kreuger.

Auch an dem Fall des vorerwähnten Ziegeleikonzerns muß man feststellen, wie notwendig eine Aenderung des bestehenden Wirtschaftssystems geworden ist. Mit der Zeit wird der Privatkapitalismus geradezu zu einer volkswirtschaftlich-gemeingefährlichen Gefahr. Die Arbeiterschaft hat am 6. November Gelegenheit in geeigneter Weise dafür zu sorgen, daß die Voraussetzungen für eine Aenderung des Wirtschaftssystems geschaffen werden.

Aus dem Ziegelei-Berufsgenossenschaftsbericht

Sehr lehrreiche Zahlen bringen die Berichte der Ziegelei-Berufsgenossenschaft.

Die Beschäftigtenzahl betrug 1929 insgesamt 191.612 Personen, dagegen 1931 nur 128.499 Personen. Der Rückgang der Beschäftigten betrug demgemäß 63.113 = 33 Prozent.

Bedeutend stärker ist aber die Lohnsumme gefallen. 1929 gelangten insgesamt 841 Millionen RM Lohn zur Auszahlung, 1931 dagegen nur 148 Millionen RM. Die ausgezahlte Lohnsumme ist also um 57 Prozent zurückgegangen, obwohl die Tariflohnsetzung bis Schluß des Jahres 1931 nur 7 Prozent betrug. Der sogenannte kalte Lohnabbau hat also einen Umfang angenommen, der geradezu verhängnisvoll wirken mußte. Wie stark das Durchschnittseinkommen des einzelnen betroffen wurde, ergeben folgende Zahlen:

1928 betrug das Durchschnittseinkommen 1735 RM, 1931 dagegen nur noch 1155 RM. Unter Berücksichtigung dessen, daß gegenüber der Vorkriegszeit wir jetzt eine Teuerung von 20 Prozent haben (obwohl die Indexziffer die Teuerung noch gar nicht einmal richtig zeigt) und berücksichtigen wir weiter, daß die erhöhten Steuer- und Soziallasten das Einkommen um 15 Prozent mehr kürzen als in der Vorkriegszeit, dann ergibt sich für 1931 ein Netto-Durchschnittseinkommen von 785 RM und für 1928 ein solches von 855 RM.

Das Netto-Einkommen ist also weit unter den Stand von 1913 gesunken, obwohl die Lohnsenkungen von 1932 noch gar nicht mitgerechnet sind. Bei solchem Lohnabbau muß ja die Wirtschaft kaputt gehen, und trotzdem kommen immer noch neue Lohnabbau-Anträge!

Es wird höchste Zeit, daß diesem Spuk ein Ende bereitet wird. Unsere Kollegen haben es in der Hand, daß dieser Unfug schnellstens aufgehört. Werbt für unseren Verband. Klärt die Absichtsstehenden auf, schafft eine geschlossene Organisation und die Unternehmer dürften von ihrer Lohnabbaupsychose recht schnell geheilt sein.

Glänzende Agitationserfolge

Weder Wirtschaftskrise noch Massenarbeitslosigkeit und Massenelend können die Werbekraft der gewerkschaftlichen Idee auf die Dauer beeinträchtigen. Die begeistertsten Verkünder dieser Idee, die leidenschaftliche und doch planvolle Werbearbeit für unseren Verband zeitigen täglich neue Erfolge. Hier eine lange Ehrenliste erfolgreicher Zahlstellen, es gewannen die Zahlstellen:

Asehaftenburg im 3. Quartal	37
Gronau-Alfeld vom 21. Aug. bis 12. Sept.	36
Hagen i. Westf. im September	75
Nitrberg im 3. Quartal	77
Reutlingen in vierwöchiger Hausagitation	22
Schleusingen im Oktober	21
Schwarzenbach im 3. Quartal	18
Sonneberg im 3. Quartal	30
Stolz im September/Oktober	11
Tilsit im September	55
Waldenburg insgesamt	119
Weiden im 3. Quartal	225
Worms im 3. Quartal	37

neue Mitglieder für den Verband. Dank und Anerkennung allen Werbenden und Helfern! Braucht es noch überzeugendere Beweise für die vielfachen Erfolgsmöglichkeiten der Agitation? Wer will in diesem edlen Wettstreit, in dieser bitter notwendigen Aufbauarbeit für den Verband der Fabrikarbeiter zurückbleiben?

Lohndumping

Von der Dachziegelindustrie Englands wird berichtet, daß eine Erhöhung des Einfuhrzolls für Dachziegel verlangt wird, nachdem erst vor kurzem der Zoll von 50 auf 20 Prozent herabgesetzt worden sei. Zur Begründung führt man an, daß die hauptsächlich in Frage kommenden Einfuhrländer niedrigere Löhne haben und auch von seiten der Regierungen Unterstützungen an die Industrie gezahlt würden.

Unsere Unternehmer schreiben dauernd, daß die Löhne im Ausland niedriger seien und zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit bei uns gesenkt werden müssen. Jetzt geht man auch schon dazu über, nicht nur in der Lohnfrage, sondern auch in der Subventionspolitik sich gegenseitig die Bäule zuzuworfen. Die Gewerkschaften haben immer zum Ausdruck gebracht, daß die unerfassen Lohnkürzungen und die staatliche Unterstützung der Privatindustrie zwangsläufig Gegenmaßnahmen des Auslandes nach sich ziehen müssen. Export getrieben auf dieser Grundlage, nennt man auch Ausfuhr von Arbeiterlöhnen.

Die Kluft / Roman von Ellen Wilkinson

Berechnigte Übertragung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Belder / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(37. Fortsetzung.)

„In fünf Minuten bin ich fertig, Mary Maud!“ stammelte die reizende Joan. Schon riß sie Schuhe und Strümpfe ab. Hinein in die kleinen goldenen Abendstühle! Schon stand sie unter dem Wasserhahn, kaltes Wasser rieselte über Kopf und Schultern. . . jetzt schnell abgerieben. . . jetzt das entzückende Kleid, das Mary Maud ihr für die Premiere der „Auf-erziehung“ gekauft hatte. Und tatsächlich erschien sie, ein wenig atemlos und mit glühenden Wangen, nach knapp einer Viertelstunde wieder bei ihrer Freundin, die im Gedanken an die langwierige Behandlung mit Creme und die sorgfältige Opudulation, denen sie sich unterzogen hatte, leise seufzte.

„Hüllen Sie sich in diesen Schal, Kind!“ Sie konnte dem jungen Mädchen nicht lange böse sein. „Und nun los! Hoffentlich gibt es noch mehr Nachzügler!“

Es gab keine. Alles wartete, so daß sich ihr Eintritt unter einem Kreuzfeuer von Blicken vollzog. Wenn Helen verstimmt war, so ließ sie es sich jedenfalls nicht merken. In einer Robe aus Silber und Rot, die sich harmonisch in das Silber und Rot ihrer Gesellschaftsräume einfügte, sah sie in dem gedämpften Licht sehr vornehm aus.

Die Anzahl der Geladenen war klein genug, um das Essen nicht zu einer Massenabfütterung zu stempeln, und das Menü erstklassig. Joan unterhielt sich ausgezeichnet mit dem Rittermeister (Romanleser, Romanleserin! Die Entscheidung in „Fort mit dem Sozial- und Lohndruck“ und vor allem die Rede des Kollegen Fritz Tarnow unter „Wirtschaftsplan der Reichsregierung und Gewerkschaften“ sind der besonderen Beachtung empfohlen. D. R.) Blundell führte sie zu Tisch, während auf ihrer anderen Seite Kapitän Knowles saß. Wie es bei solcher Gruppierung nicht ausbleiben konnte, beschäftigte sich das Gespräch plötzlich mit dem Generalstreik. Doch Joan, der es feynlag, die Stimmung durch hitzige politische Argumente zu stören, begnügte sich mit kleinen Bemerkungen über die freiwillige Nothelfer in Golfpacken und die hübschen Mädelchen von Lakelandshank. In Mary Mauds Erinnerung jedoch regte sich die Auseinandersetzung, die sie am Morgen des Generalstreiks mit Joans beiden Tischnachbarn gehabt hatte. Und sie wünschte schließlich, diese Frage zu regeln.

„Wie steht's mit dem Fünfzehn-Pfund-Bergleuten?“ rief sie dem ihr gegenüber sitzenden Rittermeister zu. „Interpellieren Sie jetzt mal Miß Craig, die darüber Bescheid wissen dürfte.“

„Wo sind die?“ fragte Joan in aller Unschuld.

Blundell kleckte sein Monatel ein. „Portia soll entscheiden!“ sagte er feierlich. „Miß Craig, ich erzähle den Herrschaften, daß ich auf der Mine, deren Aktionär ich bin, mit eigenen Augen Lohnkürzungen über fünfzehn Pfund

Wochenlohn pro Mann gesehen habe, was Miß Meadows mir nicht glauben will.“

„Wie heißt die Grube?“

„Pinxton Pits.“

„Oh, dann sind fünfzehn Pfund gar nicht einmal so viel. Wahrscheinlich hätte man Ihnen sogar Lohnkürzungen über zwanzig oder fünfundsiebzig Pfund zeigen können.“

„Bitte, da haben Sie's! Ihr werden Sie vielleicht Glauben schenken“, triumphierte Blundell. „Nun, Miß Meadows, bin ich ein Lügner, der die armen Bergleute zu verleumden sucht? Hier haben wir's direkt vom Pferde. . . ah, ich meine von der Quelle.“

„Hörten Sie jemals den Ausdruck Gedinge, Herr Rittermeister?“ flötete Joan äußerst zart.

Der Getragte ließ sein Glas fallen.

„Nein, was ist das?“

„Es ist ein System, bei dem ein einzelner Mann für den Abbau einer bestimmten Stelle einen Kontrakt eingeht. Mit ihm zusammen arbeiten noch vier oder fünf Mann, aber er ist verantwortlich, die geförderte Kohle wird ihm zugeschrieben und ihm am Lohnstag die gesamte Löhnung ausgezahlt. Da er selbst mehr verdient als die anderen und stets mindestens fünf Mann beschäftigt, entfallen auf diese nach Abzug der Versicherungen nicht viel über zwei Pfund wöchentlich.“

Ein schallendes Gelächter erhob sich an der ganzen Tafel. Jeder Freund Blundells, aber auch jeder, hatte bis zum Ueberdruß dieses Hörtörchen von dem Fünfzehn-Pfund-Wochenlohn anhören müssen, und die Einfachheit der Erklärung belästigte sie höchlichst. Doch der Rittermeister trug diesen Spott mit Würde.

„Ich beuge mich Fortias Urteil“, erklärte er. „Nur möchte ich betonen, daß ich in gutem Glauben sprach.“

„Daran habe ich Zweifel“, erwiderte Joan. „Dara“ lenkte sie das Gespräch gewandt auf ein anderes Thema, und die gesamte Tafel schenkte ihr noch an, daß sie ihren Vor- u. Nachschmetterten Blundell nicht weiter ansah, etc.

Als man den Kaffee in dem rotsilbernen Salon versammelt, versammelte sich ein kleiner Hofstaat um Joan. Man war begierig, ihre Auf-fassung vom „Age der Bergarbeiter und die Gründe zum Generalstreik zu erfahren.“ Joan beschied sich über Heftigkeit, doch fest und präzise vertrat sie ihren Standpunkt, und den Männern gefiel es außerordentlich, mit solch anziehenden jungen Mädchen aktuelle Probleme zu erörtern.

Es war nur natürlich, daß sie sich ein wenig stolz fühlte, als sie mit Mary Maud heimfuhr. Anthony hatte ihr beim Abschied zu dem großen Erfolg gratuliert; Helen hatte ihre Freunde ausgedrückt, daß gerade Joan den Vortrag bei der Soiree halten würde. „Ihnen, Miß Craig, wird es unbedingt gelingen, diese sehr unzugänglichen Herrschaften zur Wohltätigkeit zu überreden.“

Rittermeister Blundell endlich zeigte sich sehr enttäuscht, daß sie sich in Mary Mauds Obhut befand, nun er sie nicht nach Hause be-

gleiten durfte. „Ich hoffe, wir werden uns wiedersehen — ich habe selten einen so interessanten Abend verloht.“

Und nun zog auch noch Mary Maud sie liebevoll an ihren üppigen Busen. „Wußte ich doch nur halb so viel wie Sie, um den Leuten die richtige Antwort geben zu können! Sie ahnen nicht, wie man mich seit dem Generalstreik gehänselt hat, Kind.“

Mit dem Gefühl, daß die Welt, und besonders die Londoner Welt, sehr schön sei, kroch Joan in dieser Nacht unter ihre weiche Seidendecke. Wie gescheit waren diese Leute doch, wie gewinnend und ausgeglichener in ihren Manieren! Interessant, sie über Literatur und Kunst, über alte und neue Ideen urteilen zu hören! . . . (Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftsstreben werden nur von der Sozialdemokratischen Partei unterstützt, deshalb wählt Liste 2.) Würde es nicht wunderbar sein, gleich Anthony Bücher zu schreiben, die einem wirklich Respekt einbrachten — so wie ihn diese klugen, gebildeten Köpfe offensichtlich Anthony entgegenbrachten? Freilich, ihn heiraten, hieß alles aufgeben, was sie mit Einsatz ihres ganzen Lebens, mit Einsatz ihrer ganzen Kraft zu vollbringen geplant hatte. Es bedeutete Dilettantismus; es bedeutete, ihr eigenes Schaffen irgendwie den widerstreitenden Verpflichtungen als Gattin, Hausfrau und vielleicht Mutter anzupassen. War sie für solch ein Dasein geeignet?

Unruhig, ungeduldig warf Joan sich im Bett hin und her. Warum gestalteten sich die Dinge so schwierig für Frauen, die arbeiten, etwas leisten wollten? Warum würden sie vor eine solche Wahl gestellt? . . .

Ja, wenn Anthony anders wäre, dann . . . Dummheit, wenn er anders wäre, würde sie ihn wahrscheinlich nicht lieben.

Und somit stand sie wieder am Ausgangspunkte aller Überlegungen.

Joan hatte sich völlig in das Lesen einiger Fähen vertieft, als Blain hereinhumpelte.

„Hallo! So früh schon? Ich bildete mir ein, Sie würden länger auf den gestorn Abend geerterten Lorbeeren ausräumen!“

„Wer erzählt Ihnen von gestrigen Abend?“

„Redfern. Lernten Sie ihn nicht kennen?“

„O doch, ich erinnere mich — der Theaterkritiker von der Revue.“

„Und von unserer geliebten Wochenzeitung.“ Er ist unsere letzte Errungenschaft und wird ein ständiges Feuilleton schreiben unter dem Titel „Was würde Marx davon halten?“ Übrigens hat er mir nette Sachen erzählt!“

„Zum Beispiel?“

„Aha, ich wußte, daß Sie darauf anbeißen würden! . . . Ja, mir wurde mitgeteilt, daß Mademoiselle ein wunderbares, goldig schimmerndes Abendkleid und ebensolche Schuhe trug, daß sie den Vogel abschloß und einen großen gesellschaftlichen Erfolg zu buchen hatte.“

Etwas in seinem leichten Ton ließ sie stutzen. Was brauchte dieser Redfern überhaupt über sie zu schwärzen? Und wenn er es durchaus mußte, warum dann nicht lieber über ihren Zwischenfall mit Blundell als über ihre Toilette?“

„Je ich traf reizende Menschen“, sagte sie trotzdem gefaßt. „Wir debattierten lange über die Lage der Bergarbeiter.“

„Meinen Glückwunsch!“ Blain vorbeugte sich. „Wie ich höre, beabsichtigt Rittermeister Blundell, der Arbeiterpartei beizutreten.“

Joans dunkle Augen bohrten sich in Blains blasses Gesicht.

„Packen Sie aus, Gerry. Sind Sie der Meinung, ich hätte nicht einer Einladung Mrs. Dacros zum Essen Folge leisten oder nicht ein goldig schimmerndes Kleid tragen sollen, mit dem mich Mary Maud früher einmal überraschte?“

Gerald Blain setzte sich auf die Ecke eines Tisches, raffte ein paar Papiere zusammen und legte sie wieder an ihren alten Fleck.

(Fortsetzung folgt.)

Briefkasten

Nach Gau 12, Kiel, Freudenstadt und Grünenthal. Die Redaktion freut sich über die Mitarbeit und über das Einsenden der Berichte, aber bei vier Seiten Umfang ist es unmöglich, allen Wünschen gerecht werden zu können. Allgemeine Konferenz, Versammlungs- und Führungsverichte können, solange der „Keramische Bund“ vierseitig erscheinen muß, in der örtlichen bzw. bezirklichen Tagespresse untergebracht werden. Die Redaktion.

Ausschlüsse

Ausschlüssen wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a und d, in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Rogatz (Elbe): Heinrich Blachney, Buch-Nr. S II 514 653; Schwenningen: Johann Jäckle, Buch-Nr. 934 977; Hlör Grenzhausen: Friedrich Hoffmann, Buch-Nr. 1131 234.